

# : Hessen braucht eine Landesjugendpolitik

Seitdem in Hessen viele Aufgaben der Jugendhilfe kommunal verortet wurden, hat die Jugendpolitik auf der Landesebene nur eine geringe Bedeutung. Es herrscht eine klare Arbeitsteilung zwischen dem Land und den kommunalen Jugendhilfeträgern, in deren Folge das Land wenige Bereiche in seiner Verantwortung führt. Dies hat Einfluss auf die Jugendpolitik der Landesregierung und auf die jugendpolitischen Debatten auf der Landesebene: Für viele jugendpolitische Fragen und Entwicklungen fehlt es an Dialog, fachlicher und politischer Debatte um eine gute Jugendpolitik für Hessen.

Die Diskussion um eine Eigenständige Jugendpolitik, wie sie auf der Bundesebene seit 2011 geführt wird, konnte die Anforderungen an Jugendpolitik konkretisieren: Jugendpolitik muss sich um gute Bedingungen für das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen bemühen und rückt die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Dazu muss sie ressortübergreifend wirken, dort wo z.B. Bildungs-, Arbeitsmarkt- oder Integrationspolitik die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen beeinflussen. Eine auf Jugendhilfe reduzierte Jugendpolitik kann diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Dieser Diskurs wurde in Hessen nicht aufgegriffen, sodass Anregungen und Chancen für eine eigenständige hessische Jugendpolitik ungenutzt bleiben. Gleichzeitig wird auch kein eigener hessischer Ansatz für eine Jugendpolitik entwickelt oder verfolgt, wie es einige andere Bundesländer getan haben.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht benennt drei Kernherausforderungen, denen sich Jugendliche in der Jugendphase stellen müssen: Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung. Dabei kritisiert der Bericht die Dominanz der Qualifizierungsanforderung. Die (jugend)politische Gestaltung der Jugendphase müsse Jugendliche auch in einer Phase der Verselbstständigung unterstützen, in der grundlegende biografische Entscheidungen getroffen werden und in der sich die persönlichen Beziehungen von Jugendlichen verändern. Und schließlich müssen sich Jugendliche und junge Erwachsene in diesem Zeitraum auch selbst persönlich, beruflich und politisch positionieren sowie ihre soziale Zugehörigkeit klären und ausbalancieren (S. 463).

Darüber hinaus benennt der Bericht mit den Themen Freiräume und Jugendbeteiligung zwei zentrale „Kristallisationspunkte aktueller Jugendpolitik“ (S. 109). Jugendliche und junge Erwachsene erfahren die Kernherausforderungen des Jugendalters heute vermehrt in einem Kontext, der gesellschaftlich als Beschleunigung, Verdichtung, Institutionalisierung und Scholarisierung des Jugendalters diagnostiziert wird. Jugend wird dabei zugleich verstärkt zu einem Lebensalter kaum oder nicht-revidierbarer Entscheidungen. Mit dem Thema Jugendbeteiligung greift der Bericht das UN-Kinderrecht der Partizipation auf. Jugendpartizipation muss sich an alle Jugendlichen richten, als dauerhaftes Prinzip verankert werden und nicht davon abhängig gemacht werden, ob Jugendliche von ihrem Recht Gebrauch machen würden.

## : Forderungen

Aus Sicht des Hessischen Jugendrings ist ein Prozess zur Entwicklung einer neuen hessischen Jugendpolitik dringend nötig. Hier ist explizit die Landesebene gefragt, die dem Thema Jugendpolitik in den letzten Jahren zu wenig Bedeutung beigemessen hat. Die wichtigen Impulse der Eigenständigen Jugendpolitik und die zentralen jugendpolitischen Befunde des 15. Kinder- und Jugendberichts sollten aus hessischer Perspektive dringend aufgegriffen und genutzt werden.

### Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik für Hessen

Hessen braucht eine Jugendpolitik, die zentral die Aspekte von Freiräumen in der Jugendphase und von Jugendbeteiligung aufwertet und stärkt. Dieser Prozess soll über drei Jahre angelegt sein und Akteure aus verschiedenen Ebenen, von öffentlichen und freien Trägern, aus Jugendorganisationen, aus der Politik und aus der Wissenschaft in einen fachlichen Austausch über eine Eigenständige Jugendpolitik für Hessen bringen. Dies kann durch Veranstaltungen, Fachgruppen und Runde Tische, Formen der Jugendbeteiligung und die Entwicklung von wissenschaftlichen Expertisen geschehen. Am Ende des Prozesses sollen Empfehlungen zu strukturellen und qualitativen Aspekten der Jugendpolitik in Hessen stehen. Dieser Prozess muss darüber hinaus auch Kinder explizit in den Blick nehmen. In allen Punkten, die bearbeitet werden, soll daher eine Perspektive auch für Kinder mitgedacht werden.

### Gesetzlicher Jugendcheck für die Landespolitik

Die Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener werden u. a. durch vielfältige Gesetzgebungen, Verordnungen und Programme des Landes beeinflusst – mit spezifischen Auswirkungen. Ein gesetzlich verankerter Jugendcheck soll sicherstellen, dass bei politischen Entscheidungen diese Auswirkungen ermittelt, bewertet und berücksichtigt werden. Hierzu sollen das Hessische Kinder- und Jugendgesetzbuch und die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien angepasst werden. Konzeptionell kann an Erfahrungen aus anderen Ländern und aus dem politischen Prozess auf der Bundesebene angeknüpft werden.

### Jugendmonitoring für Hessen

Jugend ist vielfältig, und Lebenslagen junger Menschen sind stetigem Wandel unterworfen. Hierzu sind Jugendliche gute Expert\_innen für ihr subjektives Wohlbefinden und ihre Bedarfe. Ein hessisches Jugendmonitoring soll alle zwei Jahre sowohl die Lebenslagen als auch die Meinungen junger Menschen in Hessen erfassen und dabei die sozioökonomische Lage, aber auch Differenzlinien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung und Migrationsgeschichte berücksichtigen.

### Jugendaktionsplan für Hessen

Damit auch auf Landesebene innovative Prozesse und eine qualitative Weiterentwicklung der Jugendhilfe stattfinden können, braucht es einen Jugendaktionsplan für Hessen. Für eine Zeit von vier Jahren sollen durch einen Aktionsplan Projekte und Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung in ausgewählten Themenfeldern der Jugendhilfe gefördert werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte sollen vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen Flucht und Migration, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, Jugendbeteiligung und Demokratieförderung sein.